Schriften des Vereins für Geschichte
und Naturgeschichte der Baar

Band 67 · Seite 65 – 82
April 2024

Donaueschingen, die Baar und die Hyperinflation 1923

von Detlef Herbner

„*Die alten Konten bleiben unberücksichtigt*“. Mit diesem lapidaren Satz eröffnete der Donaueschinger Sparkassenleiter Anton Kuttruff seinen Bilanzbericht an Ultimo 1923, dem 31. Dezember 1923.[1]

Dies war sechs Wochen, seitdem die deutsche Währung mit der Einführung der Rentenmark wieder einen festen Boden unter die Füße bekam. Die alten Konten, angelegt auf Basis der alten Mark des Kaiserreiches, die längst ihren Goldmark-Standard aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg 1914 aufgegeben hatte und spätestens seit 1918 nur noch in gedrucktem Papier im Umlauf war, hatte in einer galoppierenden Inflation, die sich ab Sommer 1923 zur Hyperinflation auswuchs, jeglichen Wert verloren.

Die nach einer Architektenausschreibung wiedererrichtete Sparkasse am Vorabend des Ersten Weltkriegs. Foto: Unternehmensarchiv der Bezirkssparkasse Donaueschingen (SpkA).

Am Schluss der Inflation blieb den Verantwortlichen bei der Reichsbank nichts anderes übrig, als eine neue Währungsgrundlage auf der Basis aller landwirtschaftlichen Erzeugnisse und Produktionsmitteln sowie der vorhandenen Industrieanlagen in Deutschland zu schaffen, die sogenannte Rentenmark. Die Konsequenz war, dass eine Billion der alten Mark – das ist eine 1 mit 12 Nullen – zu einer (1) Rentenmark wurde.

Die Währung im Deutschen Reich (ab 1871) war die „Mark“ (Reichsmünzgesetz vom 4. Dezember 1871). Die Reichsmark (RM) wurde im Jahr nach der Inflation mit dem Münzgesetz vom 30. August 1924 eingeführt. Als Übergangswährung wurde von der Deutschen Rentenbank ab dem 15. November 1923 die durch Hypotheken auf Grund und Boden der Betriebe gedeckte und dadurch knappe und wertstabile Rentenmark herausgegeben. Damit wurde die (alte) Mark abgelöst (Währungsumstellung am 20. November 1923). Alle Münzangaben davor haben die Bezeichnung „Mark“ und nicht „Reichsmark (RM)“.

Ein brutaler Währungsschnitt also, der die Sparerinnen und Sparer wie überall in Deutschland auf der Baar ebenso heftig betraf und ihr Geld auf Banken und Sparkassen zunichte machte.

Wie viele der alten Konten waren es also bei der Donaueschinger Sparkasse, die Anton Kuttruff am Jahresende „unberücksichtigt“ ließ?

Die Konten von 13.881 Sparbüchern ließ Kuttruff unberücksichtigt, auf lediglich 71 befanden sich mehr als eine Billion Mark oder sie waren seit dem 15. November neu angelegt worden. Kuttruffs Rechnungsabschluss war in jenem Jahr also schnell erledigt. Auf 71 Konten befanden sich 2.236 Rentenmark, im Schnitt also 31,50 Rentenmark pro Kundin oder Kunde.

Andersherum: Von den knapp 25.000 Einwohnern im damaligen badischen Amtsbezirk Donaueschingen hatten über die Hälfte, nämlich 13.881 Personen, ihr erspartes Geld verloren, allein bei der Bezirkssparkasse.

Sicherlich wurde noch viel mehr Geld von Sparerinnen und Sparern im November 1923 in unserer Region wertlos, aber für Konten bei den Genossenschaftsbanken, also den regionalen Volks- und Raiffeisen-Banken und den überregionalen Geschäftsbanken, sind Einzelstatistiken in unserem Fall nicht oder kaum greifbar. Außerdem unterlagen diese Banken, da sie keine Anstalten des öffentlichen Rechts waren, damals nicht der staatlichen Aufsicht und lieferten keine Detaildaten an das alljährlich herausgegebene Statistische Jahrbuch für Baden. Deshalb beziehe ich mich bei den allgemeinen, die Baar und ihre direkte Umgebung individuell und in vergleichender Form betreffenden Daten auf die seit 1868 bis in den Zweiten Weltkrieg regelmäßig erschienenen Statistischen Jahrbücher zuerst für das Großherzogtum Baden und danach für das Land Baden. Zusätzlich verwende ich für die Inflationszeit die Statistischen Mitteilungen über das Land Baden von 1922 und 1923.

Ferner diente das Unternehmensarchiv der ehemaligen Bezirkssparkasse Donaueschingen mit Stand 1989 als Quellengrundlage einiger statistischer Zusammenstellungen.

Dramatik des Verlustes an materiellen Werten

Um die Dramatik des Verlustes an materiellen Werten für die einzelnen Menschen nachzuvollziehen, ist es erforderlich, einmal zu schauen, wie sich das Leben und Sparen der Menschen auf der Baar vor dem Ersten Weltkrieg – dem eigentlichen Beginn der inflationären Krise – entwickelt hat. Dabei war das Verhältnis von Preisen, Löhnen und der Teuerung seit der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert durchaus auch für unseren Raum bereits Bestandteil akademischer Studien.

Heinrich Feurstein, bald darauf Donaueschinger Stadtpfarrer, war 1903 in seiner volkswirtschaftlichen Doktorarbeit einer der ersten, der deutlich machte, dass die Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter in der Uhrenfabrikation des badischen Schwarzwaldes dem Gewinnstreben der Unternehmer und der Entwicklung der Lebenshaltungskosten hinterher hinkten.[2] Ihm folgte, auch noch vor dem ersten Weltkrieg erschienen, die Arbeit von Karl Bittmann, dem hochprofessionellen Leiter der staatlichen Badischen Fabrikinspektion, bereits 1879 gegründet und heute vergleichbar mit der Gewerbeaufsicht, unter dem Titel „Arbeiterhaushalt und Teuerung“[3].

Doch trotz dieser beiden kritischen Marktbeobachtungen lässt sich feststellen, dass die angesprochene Teuerung keine negativen Auswirkungen auf das Sparverhalten der Kundinnen und Kunden des Donaueschinger Kreditinstituts zeigte. Die hohe Zahl an Sparkassenbüchern im Verhältnis zur Einwohnerzahl im hiesigen Bezirk kann als wichtiges Merkmal der Sparfähigkeit[4] und damit auch des einheimischen Sozialgefüges bezeichnet werden.

Beides, Sparverhalten und Sparfähigkeit, waren jedoch abhängig vom *long terming* Trend der Entwicklung der Lebenshaltungskosten vor dem Ersten Weltkrieg. Es war dieser „long terming Trend“, der zwischen 1885 und 1914 drei Jahrzehnte andauerte und die ältere Generation bis in die 1960er Jahre von der „guten alten Zeit vor anno 14“ (Vorspruch zur beliebten Vorabendfernsehserie: „Das königlich bayrische Amtsgericht“) sprechen ließ.

Schauen wir uns diesen *long terming* Trend am Beispiel von ausgewählten Lebensmittelpreisen und – aktuell damals wie heute – Heizkostenpreisen in Donaueschingen und Umgebung an und vergleichen ihn mit der Lohnentwicklung im selben Zeitraum 1885 bis 1913. Ja, es ist sogar möglich, einzelne Löhne unternehmensgenau zu beschreiben. Dies alles dient dem Ziel zu verstehen, wie viele Menschen vom Hyperinflationsereignis 1923 betroffen und wie hart sie betroffen waren. Alle seit Ende der 1840er Jahre im Amtsbezirk Geborenen waren betroffen. Sie hatten als junge Frauen und Männer erlebt, wie das Kilo Roggenbrot um das Jahr 1885 etwa 22 Pfennig kostete. Zehn Eier, wenn man sie nicht selbst hatte, kosteten 1885 auf dem Donaueschinger Wochenmarkt 62 Pfennig, für das kleine Luxusgut Butter wurden 2 Mark pro Kilo verlangt. Das bedeutete für Frauen, die zum Beispiel als Dienstmagd arbeiteten, zwei Tageslöhne in einer Sechstagewoche, wie es das statistische Amt für „gewöhnliche, keine besondere Geschicklichkeit erfordernde Arbeit“ für Frauen für den Amtsbezirk Donaueschingen 1885 ermittelt hatte.

Die Preisentwicklung von Heiz- und Leuchtmitteln gestaltete sich hingegen so, dass der Liter Erdöl zum Betrieb von Petroleumlampen 1885 bei 25 Pfennig lag. Im Jahr 1913, als es in Donaueschingen oder Bräunlingen und manch anderem größeren Ort auf der Baar schon in Privathaushalten und im Handwerk elektrisches Licht und kleine Elektromotoren gab, war der Erdölpreis auf 23 Pfennig zurückgegangen. Auf der mit Holz heizenden Baar erfasste die Statistik 1885 trotz Eisenbahnanschluss noch nicht die Preise für einen Doppelzentner Ruhrkohle. Dieser Preis wurde allerdings im landwirtschaftlich damals vergleichbar strukturierten Amtsbezirk Müllheim im Markgräflerland mit 2,60 Mark ermittelt. Exakt diesen Preis mussten auch die Donaueschinger Haushalte 1913 bezahlen, wollten sie mit Kohle heizen.

Eine Preissteigerung hatte also bei der Ruhrkohle fast dreißig Jahre lang nicht stattgefunden. Der technische Fortschritt wurde auf diese Weise trotz steigender Unternehmensgewinne und bescheideneren Lohnsteigerungen bei den Bergleuten an die Endverbraucher auf der Baar weitergegeben.

Die Einheimischen konnten sich zudem darüber freuen, dass das Kilo Roggenbrot 1913 mit 28 Pfennig gerade einmal 6 Pfennig teurer war als 1885 und 10 Eier 70 Pfennig kosteten, also 8 Pfennig mehr als 1885, was eine Preissteigerung um 13 % in 28 Jahren bedeutete. Lediglich Butter blieb teuer, statt 2 Mark das Kilo (1885) waren nun 2,42 Mark oder 22 % mehr zu bezahlen.

Doch wieso konnte diese Preisentwicklung trotz ihrer partiellen Steigerung so positiv beantwortet werden? Die Antwort liegt in der Lohnentwicklung auf der Baar. Wurde gemäß badischer Statistik Männern auf der Baar für „gewöhnliche, keine besondere Geschicklichkeit erfordernde Arbeit“ 1885 ein Wochenlohn von 9 Mark bezahlt, so war es im Frühjahr 1914 doppelt so viel, nämlich 18 Mark die Woche. Auch der Frauenlohn für vergleichbare Arbeiten verdoppelte sich im gleichen Zeitraum, allerdings von lediglich 6 auf 12 Mark. Während also 100 % mehr gezahlt wurde als 1885, stiegen die Preise der Grundnahrungsmittel lediglich um maximal knapp 30 % (Brot).

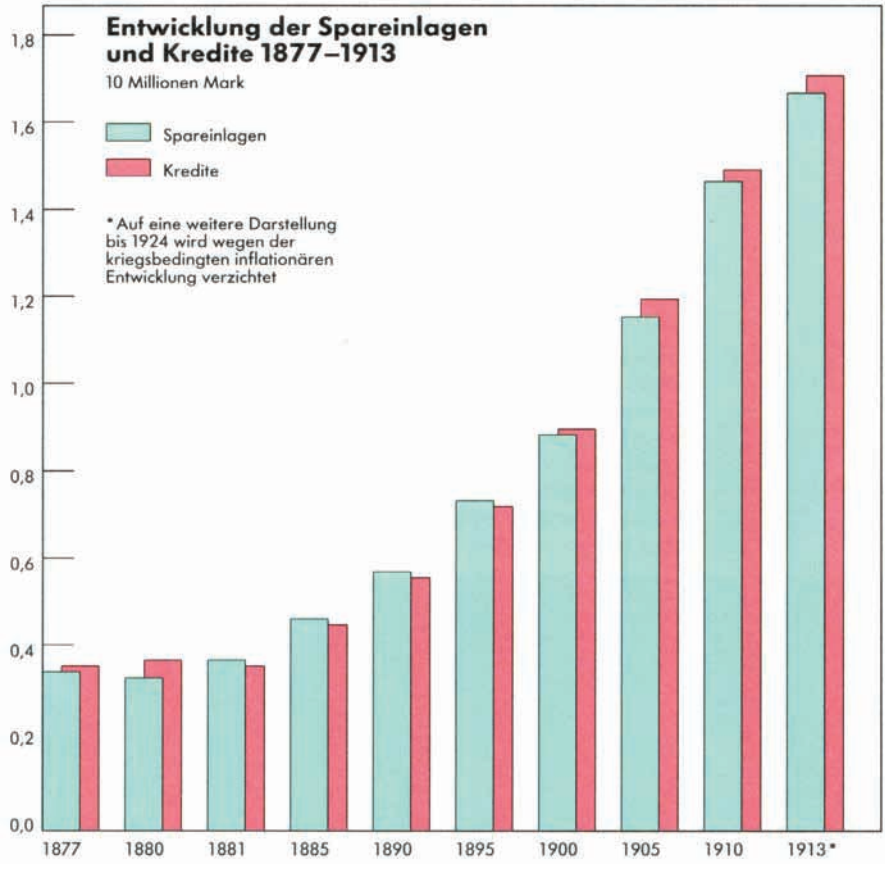
1885 bis 1914: Positives Sparverhalten und gesteigerter Wohlstand

Aus dieser Differenz können das positive Sparverhalten und ein gesteigerter bescheidener Wohlstand abgeleitet werden, an dem sich viele Menschen auf der Baar zwischen 1885 und 1914 erfreuen konnten. Georg Tumbült hat in seiner Festschrift über die F.F. Brauerei zu Donaueschingen anlässlich des vermeintlichen 200-jährigen Jubiläums des Unternehmens bereits 1905 festgehalten, wo die besten Hilfsarbeiterlöhne auf Taglöhnerbasis in der Bezirkshauptstadt der Baar bezahlt wurden.

Der Wochenlohn für einen auf Taglöhnerbasis beschäftigten Brauereiarbeiter belief sich bei der fürstlichen Brauerei auf 18 Mark, er konnte sein Salär aber um 4 Mark pro Woche auf 22 Mark steigern, sofern er auf sein Deputatsbier verzichtete. Beim vollständigen Verzicht (was wohl keiner getan hat) wäre er als Hilfsarbeiter in der Brauerei auf ein Jahresgehalt von 1.044 Mark gekommen.

Zusätzlich bekam er noch eine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall bis drei Tage bei Vorlage eines ärztlichen Attestes.[5] Für eine Hilfsarbeiterstelle war das außergewöhnlich und zeugt für 1905 von einer sozialen Verantwortung seitens des Arbeitgebers. Gleichwohl verdiente ein fest angestellter Kollege als Facharbeiter 1910 bei der Brauerei mit 33,10 Mark in der Woche ein Drittel mehr, und er kam mit diesem Gehalt auf einen Jahreslohn von 1.721 Mark.[6] Das waren 500 Mark Mehrverdienst im Jahr, als Karl Bittmann in seiner oben genannten Publikation „Arbeiterhaushalt und Teuerung" unter Einbeziehung aller Kosten inklusive „Taschengeld" für Sonn- und Feiertagsbelustigungen von 67 Mark im Jahr für einen Vier-Personen-Haushalt in einer Industriegemeinde des Schwarzwalds ermittelt hatte.[7]

Nun ist das natürlich immer so eine Krux mit der Statistik, aber auch die Vergleichswerte mit der Sparfähigkeit der badischen Gesamtbevölkerung oder den



Auf der Basis der Geschäftsberichte der damaligen Bezirkssparkasse Donaueschingen erstelltes Diagramm: Auf der Baar – für die Baar: 150 Jahre Bezirkssparkasse Donaueschingen, dargestellt von Detlef Herbner. Stuttgart 1989 (Seite 47).

Menschen in Preußen zeigen ein vergleichbares Bild. Von den damals 2,14 Millionen Einwohnern in Baden hatte ein Drittel, nämlich 740.973, ein Sparkassenbuch, rund 335.000 davon waren 1913 mit mehr als 500 Mark, also in etwa dem halben Jahreslohn eines Donaueschinger Hilfsarbeiters, dotiert.[8] Allerdings war die Sparquote der Donaueschinger Frauen, Männer und Kinder im Vergleich zu Baden und Preußen schon außergewöhnlich. Bereits 1900 lag das durchschnittliche Donaueschinger Konto mit 1.671 Mark um 252 % über dem preußischen und 168 % über dem badischen Schnitt. Bis 1913 erhöhte sich die Quote gegenüber Baden noch leicht auf 171 %.

Das durchschnittliche Sparkassenkonto im Amtsbezirk – denn alle damaligen Amtsbezirksgemeinden von Unadingen bis Möhringen und vom Randen bis Oberbaldingen waren damals Gewährträgergemeinden – erhöhte sich auf 2.190 Mark im Jahre 1913. Damit war vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs das durchschnittliche Konto so hoch dotiert wie das mittlere Jahresgehalt des Stadtbaumeisters von Neustadt im Schwarzwald mit damals 3.500 Einwohnern.[9] Oder, wie gesehen, fast doppelt so hoch, wie Bittmann für den Lebensunterhalt einer vierköpfigen Familie vor dem Ersten Weltkrieg ermittelt hatte. 30,3 Prozent – praktisch ein Drittel der Kundinnen und Kunden – hatten mehr als 2.001 Mark, ein Achtel (12,6 %) sogar mehr als 5.000 Mark auf dem Konto liegen, das zu 3 % verzinst wurde.

Und dabei fällt das Leben in Donaueschingen weder nach oben noch nach unten aus dem Rahmen. Hier lebten Männer, Frauen und Kinder wie im badischen Durchschnitt, das zeigte sich auch an der Lohn- und Preisentwicklung.[10]

Doch gerade aufgrund der hohen Sparquoten auf den 7.585 Sparkonten bei 24.143 Einwohnern ist festzuhalten, dass sich zumindest die Sparerinnen und Sparer darauf verließen, eine sichere Rücklage zum Beispiel für das Alter anzulegen (eine staatliche Rentenversicherung gab es zwar, ihre Leistungen waren jedoch bescheiden und wurden erst ab 75 ausgezahlt). Anhand der Entwicklung von Spareinlagen und Krediten ist festzuhalten, dass es der Sparkasse nach dem badischen Sparkassengesetz 1880 erst wieder ab 1900 gelang, alle Spareinlagen auch als Kredite unterzubringen. Das bedeutet, dass die Investitionsfreudigkeit bei den Kunden der Sparkasse im vorwiegend ländlich geprägten Donaueschinger Amtsbezirk deutlich geringer ausgeprägt war als im benachbarten, damals stärker (heim-)industrialisierten Amtsbezirk Neustadt. Insofern hatte sich trotz der Investitionen, die der Bauboom infolge des Stadtbrands in Donaueschingen 1908 zweifellos ausgelöst hatte, bei wohl etlichen landwirtschaftlichen und handwerklichen Betrieben vor dem Ersten Weltkrieg ein Investitionsstau ergeben.

Investitionsrückstände führen zu Kapitalverlust in der Inflation

Aufgrund der mangelnden Ressourcen im Krieg und der folgenden Inflation konnten diese Investitionsrückstände allermeist nicht aufgeholt werden. Für viele bäuerliche und kleinhandwerkliche Betriebe sowie Mischgewerbe besonders in den Landgemeinden auf der Baar, aber auch in Kleinstädten wie Blumberg,

Geisingen oder Hüfingen führten so die nicht getätigten Investitionen, zum Beispiel der Elektromotoren für Handwerksbetriebe, durch den Kapitalverlust in der Inflation 1923 zur Agrar- und Kleingewerbekrise der zwanziger Jahre. Diese wurde durch die Weltwirtschaftskrise ab 1930 in unserem regionalen Raum verschärft. Sie ließ insbesondere die nachwachsende Generation am politischen System zweifeln und verhalf demokratiefeindlichen Parteien auch auf der Baar zu hohem Zulauf.

Der Krieg gehört zu den zentralen Bedingungsfaktoren der Inflation. Am 4. August 1914 bewilligte der Reichstag den Kriegshaushalt und – für unsere Themenstellung noch wichtiger – die Kriegsfinanzierung. Damit war nicht nur die Lunte zur Inflationierung der Mark gelegt, denn für verschossene Artilleriegeschosse gab es außer dem großen Knall keinen Gegenwert, Kriegsanleihen wurden zum Mittel, den ungeheuren Finanzbedarf des Staates zu decken. Sie wurden zuerst landauf, landab mit „Eisernen Uhren", bald jedoch in Zertifikaten ausgegeben und von den Sparkassen aufgrund ihres weitreichenden Filialnetzes, ihrer sozial breit gestreuten Kundschaft und ihres öffentlich-rechtlichen Charakters im wahrsten Sinne in vorderster Front vertrieben.

Bezirkssparkassen an Bezirkshauptorten konnten sich dem Vertrieb kaum entziehen, obwohl deren Vorständen der spekulative Charakter der Papiere – Kriegsgewinn oder Totalverlust – wohl bewusst war. Lediglich kleine Sparkassen, wie in Kirchzarten, die nicht im Blickfeld örtlicher Verwaltungsbeamter standen, konnten sich zurückhalten. So machten Kriegsanleihen bei der Kirchzartener Kasse gerade einmal 10 % des Gesamtkreditvolumens (440.875 Mark) aus.

Dagegen wurde der Verwaltungsrat der Neustädter Sparkasse vom großherzoglichen Bezirksamtsvorsteher gezwungen, noch einmal den doppelten Betrag kreditfinanziert draufzulegen, nachdem die über 7.700 Sparerinnen und Sparer im Amtsbezirk für die 9. Kriegsanleihe bis 17. Oktober 1918 weniger als eine Million Mark gezeichnet hatten (damit „ein Erlahmen beim Aufbringen der Mittel für das Reich [...] nicht auffallen würde").[11] So hatte die Sparkasse 34 % ihrer Bilanz in Kriegsanleihen angelegt, wie sich nach Kriegsende herausstellte in toxischen Papieren.

An dieser Stelle fehlen detaillierte Aufstellungen zur Zeichnung von Kriegsanleihen aus dem Unternehmensarchiv der Sparkasse Donaueschingen. Deshalb sei hier auf die allgemeinen Zahlen verwiesen: Die neun Kriegsanleihen erbrachten 100 Milliarden Mark. 3 Milliarden wurden bei 2,1 Millionen Einwohnern in Baden gezeichnet, 1 Milliarde allein von der badischen Sparkassenkundschaft. Auf diese Weise wurde nicht nur der Krieg eine „Angelegenheit der Vielen", sondern auch erstmals dessen Finanzierung, besonders in Deutschland. Mit der Finanzierung wurde der Krieg besonders auch eine Angelegenheit der zu Hause gebliebenen Frauen, Älteren und Heranwachsenden.

Den Frauen nahm der Krieg oft genug die Männer und ihren Schmuck, den sie für Kriegsanleihen hergegeben hatten, und er nahm ihnen eine bessere Witwenversorgung. Den Älteren nahmen die Kriegsanleihen die private Alters-

versorgung, manchmal sogar die Aussicht, das Leben als Privatier oder in einem gepflegten Pfründnerhaus beenden zu können, wie das im Schwarzwald der älteren Vorkriegsgeneration durchaus nicht unüblich war. Den Heranwachsenden nahm der Krieg die Aussicht auf wirtschaftliche Stabilität und oft genug die Hoffnung, sie würden es besser haben als ihre Eltern. Und das Geld, das nicht mit den Kriegsanleihen verloren gegangen war, diesen „Rest" erledigte spätestens ab der Jahreswende 1919/20 die galoppierende Inflation.

Der in Freiburg geborene amerikanische Historiker Helmut Walser Smith bringt das inflationäre Geschehen in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg so auf den Punkt:

> *Im Laufe des Krieges hatte die deutsche Mark fast die Hälfte ihres Wertes verloren. [...] Die Inflation – die von der deutschen Wirtschaft befürwortet wurde, um die Gewerkschaften zu schwächen und der Regierung entgegen kam, weil sie die Reparationszahlungen verbilligte – verschlimmerte sich im Winter 1919/20, geriet im Herbst 1921 außer Kontrolle und nahm in der zweiten Hälfte des Jahres 1922 katastrophale Ausmaße an; am Ende des Jahres war der Dollar 7500 Mark wert. Als Deutschland (im Januar 1923 dennoch) mit den Reparationszahlungen in Verzug geriet, besetzten französische und belgische Truppen das Ruhrgebiet, das Kernland der deutschen Industrie, und ließen der Regierung keine andere Wahl, als zum passiven Widerstand gegen die Besatzung aufzurufen. Diese zunächst äußerst populäre Maßnahme verschaffte dem Nationalismus in der noch jungen (Weimarer) Republik einen mächtigen Impuls. Gleichzeitig war die Währung nach fast einem Jahrzehnt der Abwertung im Grunde wertlos geworden, wodurch aus der galoppierenden Inflation von 1922 die Hyperinflation des Herbstes 1923 wurde.*[12]

Die deutsche Inflation 1914 bis 1925

Doch wie zeigte sich diese nationale Bestandsaufnahme des Inflationsprozesses bei uns im lokalen Raum der Baar? Oder andersherum: Können wir, die wir uns im Baarverein neben der Naturgeschichte besonders um Regionalgeschichte kümmern, „die deutsche Inflation 1914–1925"[13] mit dem Satz abtun, Inflation sei damals überall gewesen, und wir sollten uns daher doch lieber mit den Wirkungen und Auswirkungen im regionalen Raum befassen?

Schauen wir einmal auf das Jahresende 1919 und zitieren Sparkassendirektor Peter Manz aus dem Geschäftsbericht des Kreditinstituts:

> *Wie in den Vorjahren, so hat auch im Berichtsjahr der starke Geldzufluss weiter angehalten. Die Ursache dieser Erscheinung ist wohl in der Hauptsache in der guten Absatzmöglichkeit aller landwirtschaftlichen Erzeugnisse und der dafür gezahlten hohen Preise zu suchen. Aber auch die enorm hohen Preise für landwirtschaftliche und andere Gebrauchsgegenstände stehen sicher-*

lich im Zusammenhang damit, dass so mancher Landwirt die Anschaffung derselben zunächst unterlassen hat, um das Geld entweder zinstragend anzulegen oder die Heimzahlung seiner Schulden damit zu bewirken.[14]

Wie hieran deutlich wird, sieht Sparkassendirektor Peter Manz zu dem Zeitpunkt, als die Inflation zum Jahreswechsel 1919/20 bereits Fahrt aufgenommen hat, die äußeren Entwicklungen dieser Umstände nicht, zum Beispiel den verlorenen Krieg oder die Kriegsschuldfrage (Artikel 231 Versailler Vertrag), die die damaligen Alliierten Deutschland zur Begründung von Reparationsforderungen allein aufbürdeten. Doch er ist zu diesem Zeitpunkt nicht allein. Im Geschäftsbericht der „Rheinischen Creditbank" Mannheim, der größten badischen Bank AG, lesen wir:

Die Entwicklung der Bank ging in aufsteigender Linie. Die Umsätze waren erheblich und zeigten bei größter Flüssigkeit zufriedenstellende Ergebnisse. Die Bilanz zeigt eine Steigerung der Gesamtliquidität und des Deckungsverhältnisses durch liquide Mittel ersten Ranges.[15]

Wie wir sehen, kam also auch der Vorstand der größten badischen Bank zum selben Ergebnis wie Sparkassendirektor Peter Manz in Donaueschingen. Hier wie dort herrschte ein optimistischer Grundton, mit Verkennung der realen monetären Situation.

Noch bis ins Frühjahr 1922 herrschte dieser optimistische Grundton.[16] Ob Peter Manz diesen geteilt hätte? Wir wissen es nicht, denn der Sparkassenleiter war 1921 verstorben und sein Nachfolger Anton Kuttruff, eine Hausberufung, war innerhalb der Gewährsträger sehr umstritten. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger firmierte er auch als Sparkassenvorstand, jedoch nicht als Direktor. Kuttruffs erster Rechenschaftsbericht jedenfalls sieht eher nach einer Abschrift der Vorberichte seines Vorgängers aus als nach eigener regionalwirtschaftlicher Analyse.

Wenige Wochen später erkannten die Mannheimer Großbanker, dass die Geldentwertung für sie „ganz neue und kaum zu bewältigende Aufgaben" brachte und wieder wenige Wochen später mahnte die Donaueschinger Lokalzeitung „Donaubote"[17]:

Es sei noch bemerkt, dass die frühere zuverlässige Spartätigkeit unserer Bevölkerung vielfach in der Abnahme begriffen ist, dass geglaubt wird, ein Sparen sei überflüssig, weil eines schönen Tages die ersparten Gelder wertlos seien. […] Aus diesen Gesichtspunkten wird auch vielfach das Einhamstern von Geldern sehr begünstigt. Auch werden die überschüssigen Gelder statt wie dies früher geschehen zur Sparkasse zu bringen, dazu verwendet, um Sachwerte einzukaufen, die oft erst nach Jahren gebraucht werden […]

Und nun erkennt der Lokalredakteur die Wirkung von Lohn-Preis-Spiralen und schreibt weiter:

> *[…] aber gegen Einkäufe unnötiger Sachen, in einer Zeit, in der vielfach Mangel an Waren herrscht, ist doch eine warnende Stimme zu erheben, da derartige Käufe immer mehr noch zur Verteuerung beitragen und es denjenigen, die mit weniger Glücksgütern gesegnet sind, zur Unmöglichkeit machen, die allernotwendigsten Bedürfnisse einzukaufen.*

Diese unsoziale Komponente der Inflation erwähnte der Redakteur des „Donauboten“ zu Recht. Den Beleg dafür lieferten die „Statistischen Mitteilungen über das Land Baden“.[18] Danach musste die statistische „Normalfamilie“ in Donaueschingen im Dezember 1922 genau 652 Mal mehr bezahlen als zum Jahreswechsel 1913/14.

Das Weihnachtsbacken musste wohl in einigen Familien schon im Dezember 1922 ausfallen, kostete das Kilo Butter doch 3.600 Mark statt 2,42 Mark im Dezember 1913. Wer noch etwas Geld auf den lokalen Banken oder Sparkassen hatte, so wie die benachbarte Bonndorferin oder der Bonndorfer – sie hatten im Dezember 1922 am meisten Geld auf der Sparkasse, durchschnittlich 6.532 Mark – diejenigen also, die dieses Geld noch auf der hohen Kante hatten, konnten sich noch ein Weihnachtsessen kaufen: Für 6.532 Mark waren in Donaueschingen neben dem Kilo Butter (3.600 Mark), ein Kilo Schweinefleisch (2.000); ein Kilo nicht rationiertes Roggenbrot (157), ein Pfund Bienenhonig (700) und ein Ei (75) zu erhalten.

Am Ende des Ersten Weltkrieges ließ die Stadt Donaueschingen eigenes Notgeld drucken, um dem Mangel offizieller Zahlungsmittel zu begegnen. 1921 wurde es mittels Nachdruck am Beginn der Inflation wieder aufgelegt. Foto: Unternehmensarchiv der Bezirkssparkasse Donaueschingen (SpkA).

Unter diesen Umständen war es verständlich, dass die Reichsbank längst nicht mehr mit der ausreichenden Geldscheinversorgung nachkam. Nachdem sich bereits im Krieg ein akuter Kleingeldmangel (Kleingeld war aus Metall und damit kriegswichtiger Rohstoff) breit gemacht hat und den Gemeinden erlaubt wurde, Ersatzkleingeld oder Kaufmarken auszugeben, wurden diese Vorgaben unmittelbar nach dem Krieg weiter gelockert und auf höherwertige Geldscheine ausgedehnt. So kam Donaueschingen bereits Ende des Krieges 1918/19 zu die-

sen optisch schönen 10- und 20-Mark-Scheinen, die am Beginn der inflationären Phase bereits 1921 wieder als Nachdruck ins Leben traten.

Schließlich toppte Hüfingen alles Dagewesene: Kurz vor Ende der Hyperinflation am 2. November 1923 lag als höchste Banknote, der 200-Milliarden-Schein, zur Abholung auf der Stadtkasse bereit. Der „Donaubote“ stellte das mit Datum vom 5. November wie folgt dar:

> *Auch Hüfingen hat nun sein Stadtgeld und zwar ein recht schönes. Gefällig im Format, hübsch in der Ausstattung und Farbe, auf gutes Papier gedruckt, übertrifft es das sonst im Umlauf befindliche Notgeld bedeutend. Herr Lithograph Bromberger hat die Zeichnung gefertigt und den sorgfältigen Farbendruck hergestellt. Herr Altbürgermeister Bausch gibt dem Notgeld den Text mit: ‚Dass Gott erbarm, man nennt mich Geld! Wie steht doch auf dem Kopf die Welt!' die neue Emission soll noch eine Verbesserung erfahren, indem auch die Rückseite bedruckt wird. Hätten wir doch bald ein wirklich wertbeständiges Zahlungsmittel, vorher ist an Sparsamkeit und reelles Geschäftsgebaren nicht zu denken.*

Von diesen Scheinen im Nennwert von 5, 10, 20, 50, 100 und 200 Milliarden (auch 500 Milliarden waren schon vorgesehen) wurden nach Zustimmung des Bürgerausschusses, des damaligen Gemeinderats, 400 Billionen Mark emittiert.[19]

Notgeld der Stadt Hüfingen vom Oktober 1923, als die Inflation ihren Höhepunkt erreichte.

Foto: Manfred Krausbeck, Stadtarchiv Hüfingen.

Sparerinnen und Sparer als Verliererinnen und Verlierer

Zwei Wochen später (ab dem 20. November) war das wertbeständige Geld da. Da gab es, wie gesehen, die Sparerinnen und Sparer als Verlierer. Verloren hatte aber auch, wer in der inflationierenden Währung seit 1914 Gebäude, Grundstücke oder Wald verkaufte und das so erwirtschaftete Geld nicht sofort wieder in Immobilien investierte. Verloren hatte, wessen Erbe in Papiermark ausbezahlt wurde oder dessen Erbschaftsprozess sich lange hinzog und die Auszahlung gerichtlich erst in der Inflationszeit erstritten wurde. Verloren hatte sowieso, wer

Kriegsanleihen gezeichnet hatte. Für uns Heutige ist das, vielleicht aus aktuellem Anlass, ein Erinnern an ein abgeschlossenes deutsches Kapitel von vor hundert Jahren. Für die damals Lebenden, unsere Urgroßmütter und Urgroßväter, war das reales Erleben mit einer für sie ungewissen, zumindest aber offenen Zukunft.[20] Deren Verarbeitung blieb in den Erzählungen der Familien präsent, insbesondere wenn Frau oder Mann durch den Verkauf von Gebäuden, Wald und Feld von dem Käufer gefühlt über den Tisch gezogen wurden.

Wie am Verlust der Sparbücher gesehen: Tausende, eigentlich über die Hälfte der Bevölkerung des hiesigen Amtsbezirks mussten so fühlen. Doch gab es auch Inflationsgewinner, etwa Leute, die Grundstücke oder Immobilien hatten, wenn diese nicht zu hoch mit Schulden oder Investitionsstau belastet waren. So auch Devisenbesitzer, Leute mit Onkel oder Tante in der Schweiz, Großbritannien oder den USA, vor dem Krieg (zwangsweise) zurückgekehrte oder sofort nach dem Krieg wieder nach England ausgewanderte Schwarzwälderinnen und Schwarzwälder, die entweder noch Devisen im Kopfkissen hatten oder welche zur Sommerfrische 1923 in den Schwarzwald mitbrachten.

So berichtete mir vor Jahren ein Zeitzeuge, dass das deutsche Reisebüro in London sehr preisgünstige Fahrkarten über Hoek van Holland auf Pfund-Basis vertrieb, nur um an Devisen zu kommen. Denn bei aller krisenhaften Entwicklung der Sparkonten rettete eine Geschäftssparte der Banken und Sparkassen die deutsche Wirtschaft nicht nur in das dritte und vierte Kriegsjahr, sondern bot auch in der Hyperinflation des Jahres 1923 die Möglichkeit des wirtschaftlichen Weiterhandelns: der 1917 von den deutschen Banken und Sparkassen eingeführte Giro- und Scheckverkehr.[21]

Die öffentliche Hand als Gewinner

Zu den größten Gewinnern aber gehörte die öffentliche Hand. Vorhandene Schulden, etwa aus den Vorkriegs(schul)bauprogrammen, in Donaueschingen zum Beispiel das damals neue Volksschulgebäude von 1909 oder in Neustadt die spätere Hansjakobschule, wurden mit billigem Inflationsgeld vor Fälligkeit zurückgezahlt (zumeist übrigens auch wieder an die Bürgerinnen und Bürger, die den Gemeinden vor dem Krieg für diese Schulbauten Gemeindeobligationen in Goldmark gezeichnet hatten).

Musterbeispiel für Kommunalinvestitionen in der Inflationszeit in unserer Umgebung war jedoch die Stadt Bräunlingen und hier konkret der Bau ihrer stabilen Elektrizitätsversorgung am Kirnbergsee. Baubeginn war im Juni 1921, Inbetriebnahme im November 1922. Die Baukosten betrugen bereits hochinflationäre 3 Milliarden Mark. Da Anfang Oktober 1923 ein US-Dollar mehr als drei Milliarden Mark wert war und da die deutsche Rechtsprechung für die Rückzahlung von Darlehen, also auch der Bräunlinger Kirnbergsee-Milliarden, bereits im Frühjahr entschieden hatte, „eine Mark gleich eine Mark“[22], kann gesagt werden, dass die Bräunlinger ihre Kirnbergsee-Stromversorgung für weniger als einen US-Dollar bekamen. Der Aufbau einer stabilen Stromversorgung (fast) bis

in den letzten Weiler der Baar und des angrenzenden Hochschwarzwaldes und dessen Bezahlung mit Inflationsgeld war übrigens der einzige Punkt, an dem die Inflation fast allen Einheimischen ein Mehr an Lebensqualität gebracht hat. Wie kompliziert in Anbetracht der inflationären Zeitumstände diese Lebensqualitätsverbesserung für die Menschen im lokalen Raum waren, haben Harald Ketterer für Mundelfingen und Joachim Sturm für Fischbach jüngst eindrücklich und anschaulich nachgewiesen.[23]

Aber diese Verbesserung ihrer Lebensumstände durch eine stabile Stromversorgung nahmen die Menschen in unserem Raum weit weniger wahr als die individuellen Verluste, die ihnen die Inflation zugefügt hatte. So wird den Erdarbeitern und Maurern, die am Kraftwerksbau am Kirnbergsee arbeiteten, statt ihrer infrastrukturellen Leistung, die sie für die Gemeinschaft der Stadt Bräunlingen erbrachten, in Erinnerung geblieben sein, dass sie für den Stundenlohn von rund 140 Mark[24], den ihnen die Stadt kurz vor der Inbetriebnahme des Kraftwerks bezahlt hatte, auf dem freien Markt gerade mal 2 Eier kaufen konnten.[25]

In Anbetracht dieser individuellen Schicksale verwundert es, dass sämtliche Staatsstreichversuche scheiterten, die sich im Krisenjahr 1923 gegen die erst vier Jahre alte Weimarer Republik richteten. 1923 war ja nicht nur das Jahr der Hyperinflation, sondern auch ein weiterer Höhepunkt der tödlichsten Jahre, die „die Deutschen in modernen Friedenszeiten erlebt hatten."[26] Es gab passiven Widerstand mit Anschlägen und Erschießungen durch die belgischen und französischen Besatzungssoldaten im Ruhrgebiet von Januar bis September, dann bürgerkriegsähnliche Zustände in Hamburg, Sachsen und Thüringen im Oktober 1923, angezettelt durch die Kommunistische Partei.

Schließlich folgte als Höhepunkt der Staatskrise am 9. November 1923 der versuchte Staatsstreich zunächst in Bayern und davon ausgehend der geplante Marsch auf Berlin durch die rechtsradikalen Faschisten um Adolf Hitler im Bündnis mit den militaristischen Nationalisten um den Weltkriegsgeneral Ludendorff und einer der Berliner Reichsregierung feindseligen bayerischen Staatsregierung. Der Putsch scheiterte, weil republikfreundliche bayerische Polizeieinheiten den Aufstand militärisch stoppten.[27] Regional fiel auf den Tag der Währungsreform, den 20. November, die Entdeckung eines brutalen Doppelmords an einem freundlichen Kiosk-Ehepaar in Saig im Hochschwarzwald.

Der „Donau-Uhrenfabrik"-Skandal

Angesichts dieser Vielzahl sich überschlagender Nachrichten und Ereignisse[28] im Jahre 1923 musste es auch in der Region den Handelnden schwerfallen, in diesem „Stakkato widersprüchlicher Meldungen den Überblick zu behalten." Dies galt in besonderer Weise für die Verantwortlichen bei den regionalen Banken und Sparkassen. Gewohnt mit Nullen und Zahlen in astronomischen Höhen zu arbeiten, kamen einige von ihnen mit den kleinen, aber stabilen Zahlen der neuen Währung Rentenmark nicht zurecht. Dies zeigte sich im Verlauf des Jahres 1925, als der Badische Sparkassen- und Giroverband seine 51 Mitgliedsinstitute einer

Prüfung unterzog. Dabei wurde der Revisionsbericht bei zehn Kassen mit mangelhaft oder noch schlechter bewertet. In vier Fällen kamen die Prüfer wirtschaftskriminellen Handlungen auf die Spur. In Adelsheim (im nordbadischen Bauland) gab es einen Fall von Urkundenfälschung. In Buchen (im Odenwald) und in Donaueschingen wurden Kreditvergaben am Aufsichtsrat vorbei getätigt und damit Insolvenzverschleppung zum Schaden der Sparkasse verursacht. Dies führte zur Ablösung der Geschäftsleiter.

Als am Ende des Rechnungsjahres 1924 auf Sparkonten der Donaueschinger Sparkasse wieder über 252.000 Reichsmark stabiler Währung von über 650 Kundinnen und Kunden lagen, verleitete dies Sparkassen-Vorstand Anton Kuttruff, für die Neugründung einer „Donau-Uhrenfabrik" Kredite und Überziehungen in Höhe von 250.000 Mark zu bewilligen, für die er keine Sicherheiten hatte. Im November 1925 war offenkundig, dass es sich bei der Fabrik um ein Phantom-Unternehmen handelte, was die sofortige Ablösung Kuttruffs als Leiter des Kreditinstituts zur Folge hatte.[29]

Aber auch ohne Unregelmäßigkeiten im Geschäftsbetrieb waren viele Kassierer und Geschäftsverantwortliche der örtlichen Kassen am Ende ihrer Kraft. Die Sparkasse in Neustadt konnte sich aufgrund des neuen, in seinem Umfang erheblich verminderten Geschäfts zwei der vier Hauptamtlichen schlicht nicht mehr leisten. Der Vorstand und der zweite Beamte, Kassier genannt, wurden mittels ärztlichem Attest in den Ruhestand versetzt.[30] In Donaueschingen traf dies mit Luise Kramer die erste weibliche Angestellte der Sparkasse, die am 4. November 1918 eingestellt worden war.[31] Ferner wurde das in der Inflationszeit aufgebaute Zweigstellennetz in Geisingen, Mundelfingen, Oberbaldingen, Öfingen, Riedböhringen, Riedöschingen, Sunthausen und Wolterdingen wieder komplett aufgelöst.[32]

Trotz dieser Turbulenzen in der unmittelbaren Nachinflationszeit gelang es dem Aufsichtsratsvorsitzenden und Donaueschinger Bürgermeister Friedrich Fischer, mit Direktor Ludwig Schippel einen erfahrenen Sparkassenleiter von außerhalb zu gewinnen, der bis zu seinem frühen Tod 1931 wichtige Dokumente zur Einschätzung der lokalen wirtschaftlichen Lage auf der Basis der erneuten und wiedergewonnenen Sparfähigkeit der örtlichen Bevölkerung hinterlassen hat.

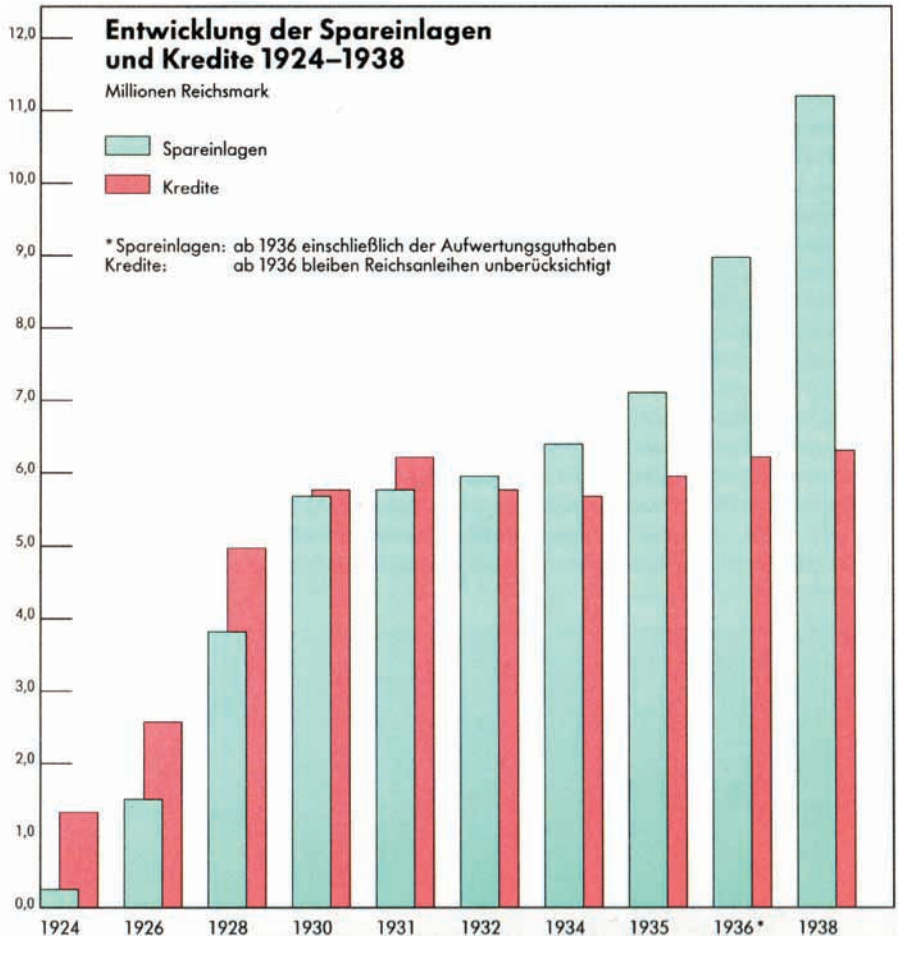
Erfolg der Währungsreform im regionalen Raum ab 1924

Gleichzeitig zeigt sich der beträchtliche Erfolg, den die Währungsreform auch im regionalen Raum 1924 brachte. Lag die Arbeitslosigkeit im Dezember 1923 in Baden bei über 30 % – und damit klar über dem Reichsdurchschnitt – so sank diese Zahl bis Juni 1924 auf unter 7 %, reichsweit sogar auf 5 %. „In den Jahren 1924 bis 1925 stabilisierte sich die wirtschaftliche Lage und nahm dann sogar bis 1928 einen deutlichen Aufschwung", wie Volkhard Huth festgestellt hat.[33]

Dazu passt auch die im badischen Generallandesarchiv in Karlsruhe liegende Akte[34], die für Ultimo 1927 die positiven Auswirkungen des Aufwertungsgesetzes vom 21. April 1927 auf die Donaueschinger Kasse reflektiert. Danach hatten

3.580 neue Sparkassenbücher wieder einen Bestand von fast 2,47 Mio. Reichsmark (RM), drei Jahre später, im Jahr 1930, als die auf der Baar lebenden Menschen die Auswirkungen des Schwarzen Freitags vom Oktober 1929 noch nicht durchgängig spürten, lagen auf 6.439 Sparkassenbüchern sogar 5,55 Mio. Reichsmark mit durchschnittlich je 860 RM.

Grundlage des Vertrauens der Sparerinnen und Sparer in die neue Währung waren die Neuverhandlungen der Reparationszahlungen auf Vermittlung des Leiters der Haushaltsbehörde und späteren Vizepräsidenten der USA, Charles Dawes (1865–1951). Dieser Dawes-Plan wurde ab November 1923 verhandelt und trat am 1. September 1924 in Kraft. Deshalb fand das Inkrafttreten der Reichsmark im Verhältnis 1:1 zur Rentenmark am 30. August 1924 statt. Da-



Auf der Basis der Geschäftsberichte der damaligen Bezirkssparkasse Donaueschingen erstelltes Diagramm: Auf der Baar – für die Baar: 150 Jahre Bezirkssparkasse Donaueschingen, dargestellt von Detlef Herbner. Stuttgart 1989 (Seite 60).

nach richteten sich die Reparationen, die eine Gruppe von 14 Bankern nach der von ihnen festgestellten Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft bei der Reichsbank festlegten. Unter ihnen waren sieben deutsche und zwei neutrale Vertreter, ein Niederländer und ein Schweizer, dazu ein Vertreter der USA, ein Brite, ein Franzose, ein Italiener und ein Belgier. Dazu erhielt die in Umlauf befindliche Geldmenge der Reichsmark eine Deckung durch 30 % Gold und 10 % durch Devisen, die durch Gold gedeckt waren, wie zum Beispiel der US-Dollar.

Ferner öffnete das Reichsgericht in Leipzig mit einem Urteil im November 1923 ein kleines Fenster für Nachverhandlungen bei Schuldentilgung mit Inflationsgeld ab 1922. Es legte jedoch nicht (!) eine Höhe möglicher Rückzahlungen fest, sondern verwies diese Entscheidung an untergeordnete Gerichte. Dies führte zu erheblicher Rechtsunsicherheit und einer Prozesslawine, die erst 1928 endete. Die Sparerinnen und Sparer konnten erst jetzt von den Aufwertungsgesetzen profitieren, wie der Anteil der aufgewerteten Vermögen bei der Bezirkssparkasse Donaueschingen zeigt. 15 % betrug diese Aufwertung, wenn bei der Währungsumstellung am 20. November 1923 noch Geld auf dem Sparbuch war. Sparerinnen und Sparer bekamen also für 1.000 Mark (alt) nun zwischen 1925 und 1927 neue 150 Reichsmark (RM) gutgeschrieben.

Daneben hatten sich auch Verdienst und Lebensumstände im Donaueschinger Amtsbezirk der späten zwanziger Jahre positiv entwickelt. Statt der bis zu sechzig Stunden Arbeitszeit vor dem Krieg wurde in der F. F. Brauerei nun 48 Stunden die Woche gearbeitet. Ein lediger Brauereiarbeiter hatte 56,97 RM pro Woche, ein Maurer 59,04 RM und ein Elektriker 52,80 RM. Den Frauen bezahlte die Brauerei 30,24 RM in der Woche. Dass die Maurerlöhne so hoch lagen, gründete sich auf die besondere Nachfrage für dieses Gewerk. So wurden allein in Donaueschingen trotz Nachkriegssituation und Inflation zwischen 1919 und 1929 über 1.000 Wohnungen neu erstellt.[35]

Mit diesen Maßnahmen und den Aufwertungsgesetzen lebten die Menschen auf der Baar, wie überall in Deutschland, Ende der 1920er Jahre wieder in gleichen wirtschaftlichen Verhältnissen wie die Menschen anderer Länder in Europa – denn auch dort hatte eine schleichende Inflation die Vermögen seit dem Ersten Weltkrieg entwertet.[36] Dennoch urteilte der deutsch-österreichische Romancier Stefan Zweig aus seinem brasilianischen Exil zu Recht, nichts habe das deutsche Volk „so erbittert, so hasswütig, so hitlerreif gemacht wie die Inflation. […] eine ganze Nation hat der deutschen Republik diese Jahre nicht vergessen."[37]

Derzeit ist Inflation wieder ein Thema, auf der Baar und in unserem Land wie in der EU. Noch verbietet sich ein Vergleich mit der inflationären Phase 1914 bis 1923. Doch die Politik sollte wachsam sein. Auch wenn der weitere Verlauf der deutschen Geschichte nach 1923 nicht monokausal mit der Hyperinflation erklärt werden kann, so war sie sicher eine der Belastungen, die schon 1923 den Untergang der Weimarer Republik, des ersten freiheitlichen demokratischen Rechtsstaates auf deutschem Boden, wahrscheinlich machten.[38]

Autor

Dr. Detlef Herbner

Jahrgang 1963, Abitur in Titisee-Neustadt, Studium der katholischen Theologie und Politikwissenschaft in Freiburg und Wien, Promotion in Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Leitet das Referat Demokratiebildung und Besuchsinformation des Landtags von Nordrhein Westfalen in Düsseldorf. Verfasser von orts- und regionalgeschichtlichen Arbeiten über seine Geburtsheimat.

Max-Ernst-Straße 33
53125 Bonn

Detlef.Herbner@Landtag.NRW.de

Anmerkungen

1 Der Aufsatz basiert auf der Staats- und Magisterarbeit des Autors 1989. Grundlage hierfür war das damalige Unternehmensarchiv der Bezirkssparkasse Donaueschingen (SpkA).

2 Heinrich Feurstein: Lohn und Haushalt der Uhrenfabrikarbeiter des badischen Schwarzwaldes, gedruckt. Karlsruhe 1905.

3 Karl Bittmann: Arbeiterhaushalt und Teuerung. Jena 1912.

4 Roman Sandgruber: Einführung in die Nationalökonomie. In: Schriften der Hochschülerschaft. Wien 1980, S. 50.

5 Georg Tumbült: Die F. F. Brauerei zu Donaueschingen 1705–1905, Privatdruck. Donaueschingen 1905, S. 58.

6 Statistisches Jahrbuch für das Großherzogtum Baden 38 (1910/1911). Karlsruhe 1911.

7 Staatsarchiv Freiburg: 366 Zug. 1991/728/7. Und: Karl Bittmann: Arbeiterhaushalt und Teuerung. Jena 1912.

8 Statistisches Jahrbuch Großherzogtum Baden 41 (1914/15), die Zahlen 1913 betreffend. Karlsruhe 1915, S. 257.

9 Sabine Klink / Detlef Herbner: 150 Jahre Sparkasse Hochschwarzwald. Stuttgart 1996, S. 29.

10 Wie Anm. 7, S. 270 f.

11 Klink et al. (wie Anm. 9), S. 41 f.

12 Helmut Walser Smith: Deutschland, Geschichte einer Nation von 1500 bis zur Gegenwart. München 2021, S. 386.

13 Holtfrerich, Carl-Ludwig: Die deutsche Inflation 1914–1925. Berlin / New York 1980. Aktuell Sebastian Teupe: Zeit des Geldes – Die deutsche Inflation zwischen 1914 und 1923. Frankfurt 2022.

14 Ehemaliges Sparkassenarchiv Donaueschingen (SpkA): Rechnungsabschluss 1919, Vorbericht.

15 Zitiert nach Bernhard Kirchgässner: Zur Geschichte der Deutschen Bank Mannheim und ihrer Vorgänger. In: Beiträge zu Wirtschafts- und Währungsfragen und zur Bankgeschichte, Nr. 23. Mainz 1988, S. 85.

16 SpkA Rechnungsabschluss: 1921 Vorbericht.

17 Donaubote vom 6. November 1922.

18 Statistische Mitteilungen über das Land Baden: Bd. XI, Nr. 12; Jg. 1922 S. 205 f. / Bd. XII; Nr. 5; Jg. 1923 S. 49, Bonndorf betreffend.

19 Zitiert nach Manfred Krausbeck: Hüfingen in Geschichte und Gegenwart. In: Bezirkssparkasse Donaueschingen (Hg.): Auf der Baar, für die Baar. Stuttgart 1989, S. 212.

20 Sebastian Teupe: Zeit des Geldes. Frankfurt 2022, Klappentext.

21 Badische Kommunale Landesbank (Hg.): Badische Kommunale Landesbank 1917–1967, o.J. [1967], S. 8 f.

22 Helmut Braun: Inflation 1914–1923, Gewinner und Verlierer der Inflation In: *historisches-Lexikon-bayerns.de* [abgerufen am 31.12.2022].

23 Harald Ketterer: Strom für Mundelfingen. Die Elektrifizierung eines Dorfes auf der Baar. In: Schriften der Baar 63 (2020), S. 93–118. / Joachim Sturm: Frühe Stromgewinnung im Hintervillinger Raum: Das Kraftwerk Roth in Fischbach 1911–1928. In: Schriften der Baar 65 (2022), S. 115–126.

24 AK Heimatpflege Durmersheim: *ak-heimatplege-durmersheim.de Redemptoristen, das Kloster Bickesheim und die Pfarrei St. Bernhard pdf*. Planung und Bau des Klostergebäudes, S. 193 [abgerufen am 31.12.2022].

25 Wie Anm. 18.

26 Walser-Smith (wie Anm. 12), S. 385.

27 Walter Ziegler: Hitlerputsch 8./9. November 1923. In: *historisches-lexikon-bayerns.de* [abgerufen am 31.12.2022].

28 Martin Wein: Im Geld ertrinken, Rezension des Buches: Christian Bomarius: Im Rausch des Aufruhrs – Deutschland 1923. München 2022. In: General-Anzeiger Bonn vom 26./27. März 2022, S. 2.

29 SpkA Betriebsstatistik: 1924–8/1935; SpkA alte Personalakten A–K. Generallandesarchiv Karlsruhe (GLA) Nr. 236 / 27019.

30 Klink et al. (wie Anm. 9), S. 47.

31 SpkA alte Personalakten A–K.

32 SpkA Rechnungsabschluss 1923.

33 Volkhard Huth: Donaueschingen, Stadt am Ursprung der Donau. Sigmaringen 1989, S. 189.

34 GLA 236 / 27019.

35 Statistisches Jahrbuch für das Land Baden 41 (1930), S. 178 und 223.

36 Jonas Pelkmann: *hypochart.de/inflation/geschichte/waehrungsreform-1923*; hier: Umgang mit Altschulden [abgerufen am 1.1.2023].

37 Zitiert nach Rüdiger Franz: Die Rückkehr des Raubtiers. In: General-Anzeiger Bonn vom 19./20. Juni 1922, S. 1.

38 Wein (wie Anm. 28).